

Eröffnungsrede des Präsidenten, Prof. Dr. Dieter Lenzen
zur Tagung „Studierbarkeit sichern“ vom Verbund Norddeutscher Universitäten und nexu am 6. März
2012 in Hamburg

Ein Gruß und neue provokative Anmerkungen zum Bologna-Prozess

Ich begrüße Sie herzlich. Mir kommt heute eine doppelte Rolle zu. Neben der Begrüßung: Ein kleiner Input des radikalen Zweifels an den Elementen der Bologna-Reform.

Mein Zweifel an der Richtigkeit dessen, was wir getan haben, nährt sich aus der Beobachtung von Differenzen, von Differenzen zwischen Handlungsintentionen vor und während des Bologna-Prozesses und den Handlungsfolgen.

Ich glaube erstens, dass das deutsche Hochschulsystem ist Opfer eines politischen Tricks geworden ist, den seine Insassen zu spät durchschaut haben, vielleicht auch deshalb, weil sie aus dem Verlauf der 1970er Jahre damit verwöhnt waren, dass das Hochschulsystem expandiert. Am Ende der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts geschah dieses ein weiteres Mal mit dem Öffnungsbeschluss der Hochschulen mit dem Ziel „Bildung für alle“. Es stellte sich jedoch heraus, dass man diese Bildung für alle gar nicht bezahlen konnte oder wollte. Willkommen musste deshalb jede Lösung sein, die hieß, statt „Bildung für alle“ „Billig für alle“! Die erste Voraussetzung für den sechs-semestrigen Bachelor war geschaffen.

Dann hat es zweitens so etwas wie einen Trick der Ehrabschneidung gegeben. Nachdem das deutsche Hochschulsystem unter der Massenlast ohne finanzielle Kompensation vor den Zusammenbruch geführt wurde, häufte sich die Kritik an seiner Qualität. Sie verband sich mit der Kritik an der politischen Orientierung von Studierenden, an der angeblichen Faulheit von Professoren, an der angeblich schlechten Lehre, für die es überhaupt keine validen Messungen gab und gibt, an der Studiendauer, deren Überziehung übrigens zu keinem Zeitpunkt Kosten verursacht hat, weil die Kapazitäten immer auf der Grundlage von Regelstudienzeiten berechnet wurden. Kurzum, das System wurde schlecht geredet, für „im Kern verrottet“ erklärt, um es dann verbessern zu müssen. Faktisch wurde nicht das Wissensniveau, aber dasjenige Intellektuelle durch die zeitliche Verkürzung dem Verfall preisgegeben und nach der gleichzeitigen Kürzung der Gymnasialzeit in der Hochschule faktisch eine neue gymnasiale Oberstufe geschaffen, die statt mit dem Abitur mit einem BA endet. Das Abitur büßte einen Teil seines Wertes ein, die Motivationsfolgen für das Gymnasialpersonal sind erheblich.

Mit dem Öffnungsbeschluss für die Hochschulen wurde drittens die Aussicht auf eine bessere Lebensqualität eröffnet. Akademische Bildung sollte auch akademisches Einkommen für möglichst viele bedeuten. Heute wissen wir, etwa aus den Tarifverständigungen zwischen den Tarifpartnern des öffentlichen Bereichs, dass der BA gar nicht als wissenschaftlicher Abschluss

betrachtet wird. Der Staat akzeptiert Absolventen mit dem BA nicht für den höheren Dienst und belässt die ehemals staatlichen Studiengänge offenbar aus guten Gründen so wie sie sind in den traditionellen Abschlüssen, mit Ausnahme der Lehrerausbildung, die aber grundsätzlich mit dem MA enden muss.

Die Intention viertens, innerhalb eines sogenannten europäischen Hochschulraums, für den der Vertrag von Maastricht ausdrücklich keine Legitimation geschaffen hatte, Mobilität zu sichern und daraus formale Einheitlichkeiten abzuleiten, hat sich in das Gegenteil verkehrt. Statt der Mobilitäts erleichterung kämpft die überschaubare Anzahl der Europamobilen mit Anerkennungsproblemen ihrer Leistungen, mit völlig unterschiedlichen Studiengebühren und Studien-Wirklichkeiten, mit zu hohen Lebenshaltungskosten in den Ländern ihrer Wahl und mit Sprachproblemen. Das ist keine Folge von Bologna, hätte aber gelöst werden müssen, bevor man sich an die Bearbeitung von Formatproblemen gemacht hätte. Nebenbei: Mit einer konsequenten Internationalisierung im Sinne globaler Mobilität hat das alles ohnedies nichts zu tun. Mit schlafwandlerischer Sicherheit ist der europäische BA-MA-Prozess an den amerikanischen und asiatischen Vorbildern vorbei organisiert worden. Dort benötigt man regelhaft acht Semester für den Bachelor und zwischen der High School und dem Universitätsstudium befindet sich ein eigener Einrichtungstyp für Undergraduates, das College.

Nicht selten ist fünftens für den Bologna-Prozess auch mit Argumenten der Studienerleichterung geworben worden. Und in der Tat war die Furcht vor den Abschlussprüfungen einer, **einer (!)** der Gründe für die Heranzögerung des Hochschulabschlusses. Auf den ersten Blick erschien vielen von uns deshalb ein Credit-Point-System eine angemessene Form. Schaut man sich indessen die Leistungserwartungen für ein paar lächerliche Credit-Points an und registriert man, dass z.B. in vielen BWL-Studiengängen zwischen 50 und 60 Einzelprüfungen während des Studiums anfallen, dann handelt es sich nicht um eine Erleichterung, sondern um eine Vervielfältigung von Prüfungsangst und bewusstlosem Auswendiglernen für die Klausuren, die nicht selten unter Einnahme von Ritalin und verwandten Psychopharmaka geschrieben werden. Ein Studiensystem, das man glaubt, erfolgreich nur durchstehen zu können, in dem man Drogen nimmt, ist, entschuldigen Sie die harten Worte, eine Beihilfe zur Körperverletzung, das lässt sich auch durch das gesellschaftliche Interesse an gut ausgebildeten, innovationsstarken jungen Menschen nicht rechtfertigen.

Sechstens: Diese jungen Menschen sind nämlich in der Tat sehr jung, wenn sie die Grundschule im 5. Lebensjahr aufnehmen und im 9. ins Gymnasium wechseln. Sie sind 17 Jahre alt, wenn sie die Hochschule betreten und 20, wenn sie sie verlassen. Es ist erbärmlich,

dass dann ausgerechnet die Abnehmerorganisationen, die jahrzehntlang das zu hohe Lebensalter der Studienabsolventen beklagt haben, jetzt zur Erklärung ihrer fehlenden Bereitschaft, die jungen Menschen in adäquaten Positionen zu beschäftigen, auf ihr geringes Lebensalter verweisen. Erst werden sie als „Nutzer einer Wärmehalle“ (Helmut Kohl) diffamiert, um dann mit 20 Jahren im Regen zu stehen.

Dabei war ja siebentens in den Hochglanzpapieren von ‚Employability‘ die Rede gewesen. Aber nicht einmal dieses scheint gegeben zu sein, von allgemeiner Menschenbildung ganz zu schweigen. Es ist auch nicht verwunderlich, weil die Kategorie der Beschäftigungsfähigkeit außer in Leerformeln auch nicht operationalisierbar ist. Die hilflosen Versuche, beispielsweise das Gerede von ‚Problemlösefähigkeit‘ oder ‚Teamfähigkeit‘, führen überhaupt nicht weiter, weil gar keine Messoperation für diese Kompetenzen denkbar ist. Es ist das Leben, welches erweist, ob jemand in den allfälligen Drucksituationen des Berufs auf die Möglichkeit der Zusammenarbeit zurückgreift, und überhaupt zurückgreifen kann, denn das ist ja auch eine Funktion der Arbeitsbedingungen vor Ort.

Achtens: Wir haben das Hochschulsystem einer kulturellen Transformation unterworfen, deren Folgen wir erst später zu spüren bekommen. Wenn kleine Kinder in die Grundschule kommen, ist davon die Rede, dass sie nun mit dem sogenannten Ernst des Lebens konfrontiert werden. In diesem Sinne stand die Zeit des Studiums unter der Überschrift des freien Studentenlebens als letzte Chance vor der Gefangenschaft von ökonomischen Reproduktionszwängen des Erwachsenen. Diese Phase ist abgeschafft worden. Es gibt, vielleicht außerhalb der drei ersten Lebensjahre, diese Freiheit nicht mehr. Wir alle wissen, dass unter dem Vorwand der Vereinheitlichungsnotwendigkeiten ein einzigartiger Verschulungsprozess stattgefunden hat, der im Wesentlichen durch die Adaptation des Akkreditierungsprinzips aus den USA verursacht worden ist, wo dieses eine ganz andere Funktion hat. Soll dort nämlich ein Studiengang durch die Akkreditierung eine Art Gütesiegel erhalten, vor dessen Hintergrund die Angemessenheit der hohen Studiengebühren für die Eltern einschätzbar wird, erfüllt das Akkreditierungssystem in Deutschland (keineswegs in allen anderen europäischen Ländern) die Funktion der staatlichen Aufsicht. Auch hier wieder eine Verkehrung der Intention: Das richtige Ziel, den Staat und seine dazu nicht ausgebildeten Beamten aus curricularen Fragen des Studiengangs herauszuhalten, hat dazu geführt, dass diese Aufsichtsfunktion nun Gutachter vornehmen, von denen erwartet wird, dass sie ihr Fach beherrschen – lassen Sie uns da lieber nicht in Details gehen – und die auf einen langen Kriterienkatalog achten, der formal gedacht ist, sich aber inhaltlich auswirkt. Viele Male habe ich persönlich erleben müssen, dass Akkreditierungskommissionen sich vielleicht aus falsch verstandener Kollegialität darin verrannt, zusätzliche Professuren zu fordern, die sogenannte Workload – was für ein Unsinn, Studienqualität nach Arbeitszeit bemessen zu wollen – einzuschätzen und ein adäquates Qualitätsmanagementsystem zu

fordern. Nicht selten legen die Agenturen noch eins drauf und verwandeln die Empfehlungen der Kommissionen in Auflagen.

Neuntens: An dieser Stelle liegt die Geburtsstunde der Idee von, wie es auch im Programm dieser Tagung heißt, von „Qualitätssicherung und Entwicklung in der Lehre“. Ich verschone Sie mit Überlegungen zu der Frage, ob Qualität und Management theoretisch nicht einander ausschließende Begrifflichkeiten sind, sicher ist jedenfalls, dass das universitäre Qualitätsmanagementpersonal auch dann, wenn es sich nicht so nennt, in die unangenehme Lage gebracht worden ist, die jeweiligen Fachvertreter mit formalen Erwartungen an ihre Modulbeschreibungen, Prüfungs- und Studienordnungen sowie mit ihrem jeweils eigenem Qualitätsmanagementsystem zu konfrontieren, was teilweise zu jahrelangem Pingpong zwischen der Verwaltung und den Fächern führt, zu wechselseitigen Verdächtigungen hinsichtlich der eventuellen intellektuellen Qualität oder der Verfassungstreue und eine Verschärfung der sozialen Kommunikation innerhalb der Hochschulen nach sich gezogen hat, deren Ende noch gar nicht absehbar ist. Denn wenn eine Akkreditierung misslingt, befürchten die Verwaltungsmitarbeiter zu Recht, dass ihnen daran die Schuld gegeben wird und umgekehrt beschuldigt der wissenschaftliche Bereich die Administration, den Geist eines Universitätsstudiums zu zerstören.

Ich wünsche mir, dass diese Tagung des Nordverbundes und von nexus sich diesen Fragen widmet. Die dafür eingesetzten zeitlichen und finanziellen Mittel werden gerechtfertigt sein, wenn nicht Erfolge gefeiert werden, denn dafür gibt es keinen Grund, sondern das Delta geschlossen wird – zwischen auf der einen Seite tatsächlichen oder auch nur vorgeblichen Bologna Intentionen und auf der anderen Seite ihrer Wirklichkeit und ihren Nebenfolgen. Das wird nur möglich sein, wenn wir eine Grundvoraussetzung gelten lassen, nämlich die Annahme, dass Studierende grundsätzlich Erwachsene sind und Lehrende nicht faul und unfähig und Administrateure keineswegs böswillig und kleinkariert. Nur dann kann eine Art Vertrauenskultur entstehen, innerhalb derer man das ganze Bologna Gewese mit Gelassenheit, Liberalität und der Grundauffassung angeht, das Hochschulen Bildungseinrichtungen und keine Fertigungsstraßen sind. In diesem Sinne wünsche ich der Tagung harte, aber faire Diskussionen und lichte Momente auf dem Weg zu Lösungen, die die Chance bieten, Teile eines Systems wiederherzustellen, das den Namen Bildungssystem zu Recht trägt.